

LTH

Landestreuhandbank Rheinland-Pfalz



GESCHÄFTSBERICHT 2010

UNSERE AUFGABEN

Die Landestreuhandbank Rheinland-Pfalz (LTH), Mainz, wurde 2008 als eine GmbH gegründet und aufgrund des Landesgesetzes vom 22. Dezember 2008 in eine rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts umgewandelt. Sie nahm zum 1. Januar 2009 ihren Geschäftsbetrieb auf.

Im Jahr 1949 hat das Land Rheinland-Pfalz den Treuhandfonds für Grundpfandrechte geschaffen und ihn mit der Bezeichnung Landestreuhandstelle im Jahr 1962 als in seiner Aufgabe selbstständigen sowie wirtschaftlich und organisatorisch getrennten Teil in die Landesbank Rheinland-Pfalz integriert. Diese wurde zum 1. Juli 2008 mit der Landesbank Baden-Württemberg (LBBW) vereinigt, während die Landestreuhandstelle zum Teilbetrieb erweitert und sodann aus der Landesbank Baden-Württemberg ausgegliedert wurde.

Die LTH unterstützt nach ihrem gesetzlichen Auftrag das Land Rheinland-Pfalz bei seiner Wirtschafts- und Finanzpolitik.

Die LTH hat die Zulassung, als Förderbank das Kredit-, Einlagen-, Depot-, Giro- und Garantiegeschäft zu betreiben.

Neben den Bankgeschäften führt die LTH auch Tätigkeiten als Treuhänder, Geschäftsbesorger und Datentreuhänder aus. Ferner ist sie berechtigt, die Verwaltung von Finanzinstrumenten, die Wahrnehmung der Aufgaben als Berechnungsstelle, Kontenverwalter inklusive Durchführung des Zahlungsverkehrs und Sicherheitentreuhänder durchzuführen. Die LTH verwaltet Forderungen für Dritte.

Haupttätigkeit der LTH ist die Umsetzung der Programme des Landes Rheinland-Pfalz auf dem Gebiet der Wohnraum- und Städtebauförderung. Hierfür reicht die LTH Darlehen und Zuschüsse im eigenen Namen für Rechnung des Landes Rheinland-Pfalz aus, führt einen Zinstausch zur Verbilligung von Zinsen für Darlehen, die von den Bauherren am Kapitalmarkt aufgenommen werden, durch und übernimmt und verwaltet im Namen und auf Rechnung des Landes Rheinland-Pfalz Bürgschaften für nachrangige Darlehen des Kapitalmarktes. Grundlage sind die jeweiligen in Verwaltungsvorschriften des Landes festgehaltenen Förderbedingungen.

JAHRESCHRONIK 2010

JANUAR	MÄRZ	MAI	JUNI	AUGUST	SEPTEMBER	NOVEMBER	DEZEMBER
<p>Jakob Schmid wird neues Vorstandsmitglied</p>	<p>Rheinland-Pfalz-Ausstellung Mainz</p>	<p>Sponsoring: KLASSE!-Projekt des Trierischen Volksfreunds</p>	<p>Erster Geschäftsbericht als selbstständige Bank</p>	<p>Verbandstag des VdW südwest in Frankenthal</p>	<p>Aktuelle Entwicklungen auf dem Wohnungsmarkt</p>	<p>Kundenveranstaltung: Perspektiven für Mittelstädte</p> <p>KomZu RLP in Trier</p>	<p>Veranstaltung Bad Kreuznach: H.-D. Genscher im Gespräch</p> <p>Land fördert Modernisierung in Trier mit 19 Mio. Euro</p>
 <p>Renate Kreckel, stellvertretende Vorsitzende im Verwaltungsrat der LTH, begrüßt Jakob Schmid als neues Vorstandsmitglied.</p>	 <p>Die LTH berät zum fünften Mal auf der Rheinland-Pfalz-Ausstellung in Mainz innerhalb der Sonderschau „Energie Sparen“.</p>	 <p>Als neue Bank unterstützt die LTH ein Projekt, das die Themen junge Menschen, Bildung und Medien verbindet. In einem Workshop entwickeln Schülerinnen und Schüler ihr Traumhaus als Modell zum Thema „Wohnkultur 2020“.</p>	 <p>Die LTH hat ihr erstes Geschäftsjahr als selbstständige Bank erfolgreich abgeschlossen. Im Jahr 2009 wurden 5.223 Wohneinheiten mit einem Kreditvolumen in Höhe von 95 Mio. Euro in Rheinland-Pfalz gefördert.</p>	 <p>Im Dialog mit der Wohnungswirtschaft als Teilnehmer der Fachausstellung. Rund 400 Experten diskutieren über soziale, demographische und energiepolitische Fragen.</p>	 <p>Bereits zum elften Mal veröffentlicht die LTH die „Wohnungsmarktbeobachtung Rheinland-Pfalz“ mit Informationen über die Entwicklung des Wohnungsmarktes und der Wohnraumbeförderung.</p>	 <p>Im Rahmen ihrer jährlichen Kundenveranstaltung „Erneuerte Städte braucht das Land“ diskutiert eine Expertenrunde in der LTH über Herausforderungen und Entwicklungschancen für Mittelstädte.</p> <p>Gemeinsam mit dem Bauforum Rheinland-Pfalz präsentiert sich die LTH erstmalig auf der Messe für die kommunale Zukunft in Rheinland-Pfalz, dem Forum für Kommunen, Verwaltung, Wirtschaft und Wissenschaft.</p>	 <p>Die LTH unterstützt die Veranstaltung mit Dr. h.c. mult. Hans-Dietrich Genscher „Die Rolle Deutschlands in Europa und der Welt – 20 Jahre nach der Wiedervereinigung“ des Orgelbauvereins Pauluskirche Bad Kreuznach.</p> <p>Das Land Rheinland-Pfalz fördert die energetische Modernisierung von insgesamt 742 Mietwohnungen in den Trierer Wohngebieten „Im Schammat“ und „Am Weidengraben“.</p>

S. 2	BERICHT DES VERWALTUNGSRATES
S. 4	VORWORT DES VORSTANDES
S. 6 – 22	LAGEBERICHT
S. 23 – 40	DAS SCHAMMATDORF IN TRIER
S. 41 – 51	JAHRESABSCHLUSS
S. 52 – 53	ORGANE
S. 54	LEITER GESCHÄFTSBEREICHE
S. 55	UNSERE PUBLIKATIONEN
S. 56	IMPRESSUM UND STRUKTUR DER LTH

UNSER UNTERNEHMENSZIEL

WIR FÖRDERN PROJEKTE, DIE
MENSCHEN IN RHEINLAND-PFALZ
DAUERHAFT EIN GEMEIN-
SCHAFTLICHES ZUSAMMENLEBEN
ERMÖGLICHEN!



Sehr geehrte Damen und Herren,

die Landestreuhandbank Rheinland-Pfalz (LTH), Mainz, ist mit allen Aufgaben auf dem Gebiet der Förderung des Wohnungs- und Städtebaus betraut. Die Bank setzt die Wohnraumförderprogramme des Landes zum Bau oder Kauf von Wohneigentum, zur Schaffung von Mietwohnungen und im Rahmen der Modernisierung um. Dies erfolgt stets in engem Einvernehmen mit dem Ministerium der Finanzen, dem auch die Rechtsaufsicht und im Rahmen der jeweiligen Förderprogramme die Fachaufsicht obliegt.

Der Verwaltungsrat der LTH setzt sich zusammen aus Vertretern des Ministeriums der Finanzen des Landes Rheinland-Pfalz. Aufgaben des Verwaltungsrates sind insbesondere die Beratung und Überwachung des Vorstandes. Seit dem 17. August 2010 wird der Vorsitz vom Staatssekretär im Ministerium der Finanzen des Landes Rheinland-Pfalz, Dr. Salvatore Barbaro, wahrgenommen, nachdem der bisherige Vorsitzende, Dr. Rüdiger Messal, ausgeschieden ist. Die Vertreter der Beschäftigten, Karin Bernhard-Schulte und Hans-Jürgen Schollmeier, wurden zum 11. August 2010 durch das Ministerium der Finanzen bestellt.

Der Verwaltungsrat hat sich in drei regulären Sitzungen über die laufenden Arbeiten durch den Vorstand ausführlich Bericht erstatten lassen. Gegenstand der Beratungen waren insbesondere die Umsetzung der Mindestanforderungen an das Risikomanagement sowie die Implementierung der strategischen Planung als Grundlage für eine Strategiediskussion im Jahr 2011. Der Vorstand hat stets umfassend und vollständig informiert und über die Pflichtinformationen hinaus jederzeit Auskunft erteilt.



DR. SALVATORE BARBARO

Der Jahresabschluss 2010 einschließlich Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Lagebericht wurden von dem durch das Ministerium der Finanzen bestimmten Abschlussprüfer Rölfs RP AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft geprüft und als mit den gesetzlichen Anforderungen im Einklang stehend befunden. Es wurde dem Abschluss ein uneingeschränkter Bestätigungsvermerk erteilt. Der Vorstand hat dem Verwaltungsrat in seiner Sitzung vom 27. Mai 2011 den Jahresabschluss der LTH vorgelegt und durch die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft erläutern lassen. Der Verwaltungsrat hat den Jahresabschluss 2010 festgestellt.

Der Verwaltungsrat dankt dem Vorstand und allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der LTH für ihre engagierte Arbeit im Geschäftsjahr 2010.

Mainz, 27. Mai 2011



DR. SALVATORE BARBARO
STAATSEKRETÄR MINISTERIUM DER FINANZEN
(VORSITZENDER DES VERWALTUNGSRATES)

Sehr geehrte Damen und Herren,

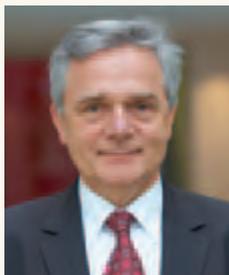
die Landestreuhandbank Rheinland-Pfalz (LTH) hat im vergangenen Geschäftsjahr 4.300 Wohnungen mit den Mitteln des Landes gefördert und damit für mehr als 11.000 Menschen in Rheinland-Pfalz erfolgreich zur Verbesserung ihrer Wohn- und Lebensqualität beigetragen. Mit 68 % wurde wiederum ein angemessener Ausschöpfungsgrad der vom Land eingeplanten Wohneinheiten erzielt, deren Fördermittel nach bankwirtschaftlichen Maßstäben wirtschaftlich effizient und risikoschonend ausgereicht wurden. Dies wird auch durch den Ausweis eines im Geschäftsjahr erwirtschafteten Jahresüberschusses von 1,4 Mio. € bei einer Bilanzsumme von 1,7 Mrd. € dokumentiert.

Ermöglicht wurde dieses Ergebnis durch die vertrauensvolle Kooperation unserer rund 100 fachkundigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit allen im Land tätigen Kreditinstituten, die guten Kontakte zu den Entscheidungsträgern in den kommunalen Verwaltungen, den Unternehmen der Wohnungswirtschaft sowie den führenden Finanz- und Fachberatern in Rheinland-Pfalz.

Einen besonderen Schwerpunkt bildeten im Berichtsjahr die Förderaktivitäten zur Anpassung bestehender Bausubstanz an die Anforderungen für zeitgemäßes Wohnen, die vermehrt die Bereiche Energiesparen und Barrierefreiheit umfassen. Im weitesten Sinne sind darunter immer noch auch solche Fördermaßnahmen einzubeziehen, mit denen das Land die umfangreichen bestehenden militärischen Liegenschaften dem Wohnungsmarkt zur Verfügung stellt. Ebenso gilt dies für die innovativen Programmvorhaben zur Revitalisierung von Ortskernen, ein zunehmend wichtiger werdendes Anliegen auch der Kommunalpolitik.



RAINER RICHARTS
(VORS.)



JAKOB SCHMID

Die Finanzkrise wirkte trotz des überraschend starken Wirtschaftswachstums im Berichtsjahr weiter in dem Rückgang der Baufertigstellungen auf den niedrigsten Stand seit 1947 nach, trotz eines historisch niedrigen Zinsniveaus. Entsprechend rückläufig war auch die Zahl der Förderanträge mit Auswirkungen auf das gesamte Fördervolumen. Mit dem inzwischen stabilisierten Aufschwung, den wieder steigenden Zinsen, aber auch zunehmenden Inflationsängsten sowie den verbesserten Förderbedingungen rechnen wir für das Gesamtjahr wieder mit einem erhöhten Fördervolumen.

Im Hinblick auf eine weitere Optimierung und Verstetigung unserer Geschäftsbasis haben wir Maßnahmen eingeleitet, die in diesem Jahr implementiert werden sollen. Zudem wollen wir unsere Marktpräsenz weiter verstärken und dazu unsere Servicequalität noch verbessern. Damit wir auch in Zukunft Projekte wie das in diesem Geschäftsbericht porträtierte Schammatdorf fördern können.

Ihre

RAINER RICHARTS (VORS.)

JAKOB SCHMID

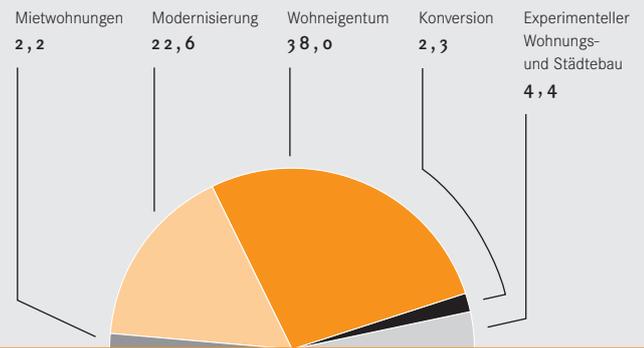
LAGEBERICHT

- S. 7** GESCHÄFTS- UND RAHMENBEDINGUNGEN
- S. 12** ERTRAGS-, FINANZ- UND VERMÖGENSLAGE
- S. 13** NACHTRAGSBERICHT
- S. 14** RISIKOBERICHT
- S. 19** UNSERE MITARBEITERINNEN UND MITARBEITER
- S. 21** AUSBLICK

GESCHÄFTS- UND RAHMENBEDINGUNGEN

FÖRDERSCHEWERPUNKTE IM PROGRAMMJAHR 2010

Mittel in Mio. €



Das Berichtsjahr brachte nach der Finanz- und Wirtschaftskrise im Vorjahr ein für viele überraschendes Wirtschaftswachstum von 3,6%, gleichwohl ist zu beachten, dass die weltweite Finanzkrise noch nicht überwunden ist. Auf die Wohnungsbautätigkeit wirkte sich diese positive Entwicklung allerdings noch nicht aus. Maßgeblich hierfür war die Zahl der Baugenehmigungen im Jahr 2009, die sich mit 8.562 erteilten Freigaben auf dem tiefsten Stand seit Bestehen des Landes befunden hatte.

Im Jahresverlauf stieg die Zahl der Baugenehmigungen auf 9.364 Wohneinheiten an und erreichte ein Drei-Jahres-Hoch. Mit einem Anwachsen um 13,7% nahm die Zahl der genehmigten Mietwohnungen deutlich zu und erzielte ein Vier-Jahres-Hoch. Steigende Mieten, vor allem in Ballungsgebieten, signalisieren einen enger werdenden Mietwohnungsmarkt und dürften eine 15-jährige Schwäche des Mietwohnungsbaus beenden. Der starke Anstieg bei den Genehmigungen für den Neubau von Eigentumswohnungen – es handelt sich um ein Sechsjahres-Hoch – dürfte die Suche von Investoren nach risikoärmeren Anlageformen widerspiegeln und eine schnelle Reaktion auf Inflationsbefürchtungen sein.

Im Programmjahr 2010 konnte die LTH mit rund 4.300 Wohneinheiten ca. 68% der im Jahresprogramm geplanten Wohneinheiten fördern.

Der gegenüber dem Vorjahr festzustellende Rückgang beruht im Wesentlichen auf der außergewöhnlich niedrigen Baugenehmigungszahl des Jahres 2009. Der Anteil der geförderten Wohneinheiten am gesamten Baugeschehen betrug 50% und lag damit deutlich über dem langjährigen Durchschnitt.

GESCHÄFTSVERLAUF

Für das Programmjahr 2010 wurden durch das Ministerium der Finanzen Fördermittel in Höhe von 34,1 Mio. € für die Wohnraumförderung bereitgestellt, was einem Kredit-/Zuschussvolumen von 136,1 Mio. € entspricht.

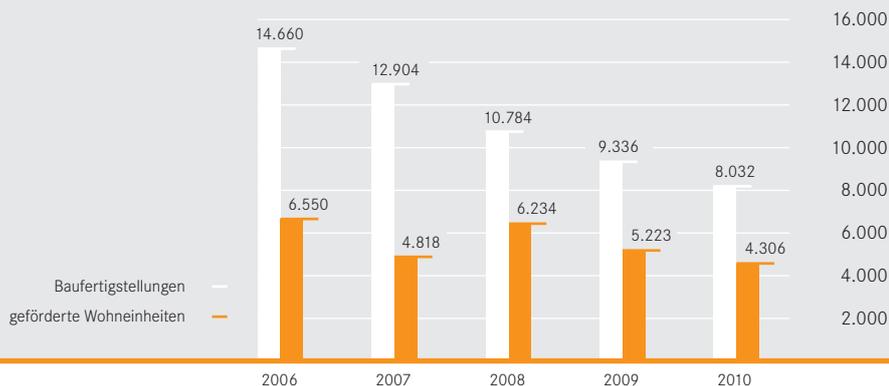
Diese Fördermittel werden bis zum 31. März des Folgejahres ausgereicht. Damit werden finanzielle Anreize für den Neubau, den Erwerb und für die Modernisierung von Wohnraum gegeben und Haushalte mit mittleren und niedrigen Einkommen unterstützt.

Die Förderung erfolgt im Eigentumsprogramm durch Zinsgarantien, in der Modernisierung durch Zinsgarantien und Zuschüsse und im Mietwohnungsprogramm durch zinsgünstige Darlehen und Zuschüsse.

Mit den für das Jahr 2010 verfügbaren Haushaltsmitteln war die Grundlage geschaffen für die Förderung von 6.350 Wohneinheiten.

**BAUFERTIGSTELLUNG UND
WOHNRAUMFÖRDERUNG IN RHEINLAND-PFALZ**

Anzahl in Wohneinheiten


WOHNRAUMFÖRDERUNG

Im Programmjahr konnte das Fördervolumen des Vorjahres in einigen Programmen überschritten, in anderen dagegen nicht ganz erreicht werden.

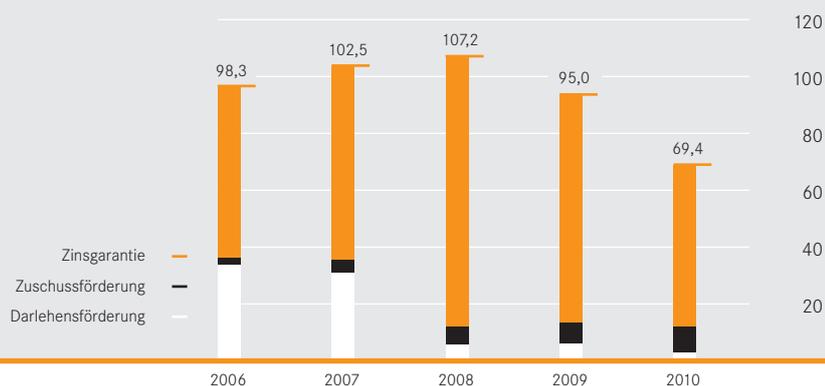
Nachfolgende Tabellen zeigen geförderte Wohneinheiten und Volumina im Berichtsjahr mit den Zahlen des Vorjahres.

Geförderte Wohneinheiten (WE)

	2010	2009
	WE	WE
A. Wohneigentum	1.186	1.440
B. Mietwohnungen	172	144
Baudarlehen	29	82
Zuschüsse Belegungsrechte	141	59
Sanierung	2	3
C. Modernisierung	2.316	3.368
Investitionszuschüsse	1.516	1.835
Zinsgarantie	800	1.533
D. Experimenteller Wohnungs- und Städtebau	256	238
Wohnungs- und Städtebau	-	2
Wohnen in Orts- und Stadtkernen	256	236
E. Konversion	376	33
Summe	4.306	5.223

**ENTWICKLUNG DER
WOHNRAUMFÖRDERUNG**

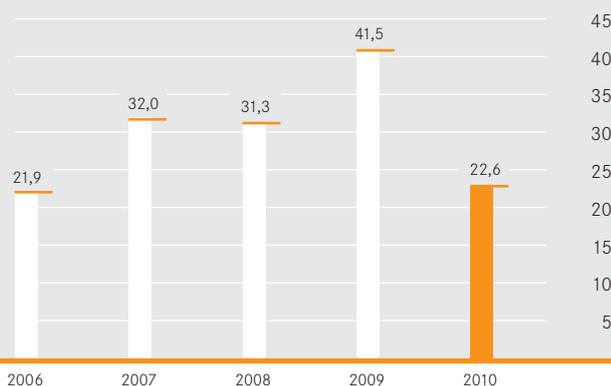
in Mio. €


Bewilligte Kreditvolumina Zinsgarantie, Darlehen und Zuschüsse

	2010	2009
	T €	T €
A. Wohneigentum	37.991	44.447
B. Mietwohnungen	2.192	4.474
Baudarlehen	1.161	4.125
Zuschüsse Belegungsrechte	1.018	292
Sanierung	13	57
C. Modernisierung	22.586	41.505
Investitionszuschüsse	2.344	2.863
Zinsgarantie	20.242	38.642
D. Experimenteller Wohnungs- und Städtebau	4.368	3.906
Wohnungs- und Städtebau	20	262
Wohnen in Orts- und Stadtkernen	4.348	3.644
E. Konversion	2.272	681
Summe	69.409	95.013

ENTWICKLUNG DER MODERNISIERUNGSFÖRDERUNG

in Mio. €



Wohneigentum

Die Errichtung und der Erwerb von selbst genutztem Wohneigentum wurden im Jahr 2010 mittels des Zinsgarantieinstruments gefördert. Sowohl nach Wohneinheiten als auch nach Volumen waren die Zusagen im Berichtszeitraum gegenüber dem Vorjahr rückläufig. Die zinsgarantierten Darlehen belaufen sich auf 38 Mio. €. Diese sind durch das Land verbürgt.

Mietwohnungen

Die LTH hat im Programmjahr 2010 zinsgünstige Baudarlehen zur Schaffung von Mietwohnungen über insgesamt 1,2 Mio. € bewilligt. Im Programm „Erwerb allgemeiner Belegungsrechte“ werden für die Überlassung von Belegungsbindungen an Wohnungen im Bestand Zuschüsse bereitgestellt. Im Jahr 2010 wurden 141 Wohneinheiten (Vorjahr 59) mit rund 1,0 Mio. € (Vorjahr 0,3 Mio. €) gefördert. Während bei der Gewährung von Darlehen ein Rückgang zu verzeichnen war, gab es einen starken Anstieg bei der Zuschussförderung gegenüber dem Vorjahr.

Modernisierung

Im Programmjahr 2010 sind mit rund 22,6 Mio. € (Vorjahr 41,5 Mio. €) insgesamt 2.316 Wohneinheiten (Vorjahr 3.368) modernisiert worden. Mit 20,2 Mio. € (Vorjahr 38,6 Mio. €) haben die Hausbanken im Rahmen des Zinsgarantieprogramms

den größten Teil der Förderung dargestellt. Das Fördervolumen für kleinere Modernisierungsmaßnahmen, für die Investitionszuschüsse zugesagt werden, betrug 2,3 Mio. € (Vorjahr 2,9 Mio. €).

Wohnen in Orts- und Stadtkernen

Mit diesem Programm sollen Ortskerne und innerörtliche Strukturen erhalten oder wiederbelebt werden. Das Ministerium der Finanzen entscheidet über die Aufnahme von Baumaßnahmen in das Programm. Die Bewilligung und Auszahlung der Zuschüsse erfolgt durch die LTH. Es wurden 256 Wohneinheiten (Vorjahr 236) mit einem Volumen von rund 4,3 Mio. € (Vorjahr 3,6 Mio. €) gefördert. Das entspricht einer Erhöhung um 0,7 Mio. € und damit um 19%. Gegenüber 2008 hat sich das Fördervolumen nahezu verdoppelt.

Konversion

Im Konversionsprogramm ist die Nachfrage nach Mitteln gegenüber dem Vorjahr deutlich angestiegen. Mit einem Fördervolumen von 2,3 Mio. € (Vorjahr 0,7 Mio. €) wurden im Jahr 2010 Mittel für 376 Wohneinheiten (Vorjahr 33) zugesagt. Davon sind 0,4 Mio. € für die Umwandlung ehemals militärisch genutzter Objekte in Eigentumswohnungen und 1,9 Mio. € für die Umwandlung in Mietwohnungen zur Verfügung gestellt worden.

STÄDTEBAUFÖRDERUNG

Fördermittel für städtebauliche Sanierungs- und Entwicklungsmaßnahmen zur Verbesserung der Wohnverhältnisse in den Städten und Gemeinden des Landes Rheinland-Pfalz werden vom Ministerium des Innern und für Sport bewilligt. Im Jahr 2010 wurden Bewilligungen in Höhe von 62,1 Mio. € (Vorjahr 97,3 Mio. €) ausgesprochen. Die LTH ist mit der Auszahlung dieser Mittel beauftragt.

„Zuschüsse für kommunale Infrastrukturinvestitionen und Zinszuschüsse für Investitionen im Bereich der Energieeffizienz und der Energieversorgung einschließlich der erneuerbaren Energien“ ausgezahlt. Insgesamt sind hierin Maßnahmen in Höhe von 7,1 Mio. € durch das Ministerium für Umwelt, Forsten und Verbraucherschutz bewilligt und im Berichtsjahr 9,1 Mio. € (Vorjahr 2,5 Mio. €) von der LTH ausgezahlt worden. Das Auszahlungsvolumen hat sich um 6,6 Mio. € gesteigert.

ENERGIEEFFIZIENZ UND KLIMASCHUTZ

Im Bereich der Energieeffizienz und des Klimaschutzes fördert das Land Rheinland-Pfalz über das Ministerium für Umwelt, Forsten und Verbraucherschutz den Neubau und Maßnahmen im Bestand, die energieeffizienten Bauweisen dienen. Daneben gibt es eine Förderung kommunaler Infrastrukturinvestitionen im Bereich der Energieversorgung. Für das Förderprogramm „Hochenergieeffiziente Gebäude“ zahlt die LTH Zuschüsse aus. Die Förderung wird auch für Nichtwohngebäude zur Verfügung gestellt. Im Berichtszeitraum sind 1,5 Mio. € (Vorjahr 0,6 Mio. €) ausgezahlt worden.

Im Rahmen des Konjunkturpakets II hat die LTH im Jahr 2010 die Zuschüsse nach Prüfung der Verwendungsnachweise im Förderprogramm

ERTRAGS-, FINANZ- UND VERMÖGENSLAGE

ERTRAGSLAGE

Der Jahresüberschuss der LTH liegt im Berichtsjahr bei 1,4 Mio. € (Vorjahr 2,2 Mio. €). Das operative Geschäft bewegt sich auf einem etwas niedrigeren Niveau als im Vorjahr.

Um die Transparenz der Gewinn- und Verlustrechnung zu erhöhen, werden die Aufwendungen und Erträge aus dem Treuhandgeschäft künftig nicht mehr ausgewiesen, sie werden erfolgsneutral behandelt. Dies umfasst die Zinserträge und -aufwendungen, die „Sonstigen betrieblichen Erträge“ sowie die Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen im Treuhandkreditgeschäft.

Die mit 10,0 Mio. € (Vorjahr 9,2 Mio. €) leicht erhöhten Verwaltungsaufwendungen sind auf einen erhöhten Bedarf an Beratungsleistungen und die Anmietung zusätzlicher Flächen zurückzuführen.

FINANZLAGE

Die Finanzlage der LTH ist wesentlich geprägt durch die Refinanzierung bestehender Auszahlungsverpflichtungen durch das Land im Rahmen des Treuhandgeschäftes. Die Liquidität wird täglich gesteuert und die benötigten Refinanzierungsmittel bei der Landeshauptkasse Rheinland-Pfalz angefordert. Damit ist die Liquidität der LTH für ihre geschäftlichen Aktivitäten stets gewährleistet. Aufgrund der Refinanzierung durch das Land (Treuhandgeschäft) bestehen bei der LTH keine Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten, Kunden etc. Aus diesem Grund ermittelt die LTH keinen Koeffizienten nach Liquiditätsverordnung.

VERMÖGENSLAGE

Die Bilanzsumme beträgt zum Bilanzstichtag 1.777,5 Mio. € (Vorjahr 1.902,9 Mio. €). Die Verringerung der Bilanzsumme resultiert aus dem Rückgang des Fördergeschäftes. Die Summe der Aktiva besteht im Wesentlichen aus Treuhandforderungen in Höhe von 1.735,7 Mio. € (Vorjahr 1.862,0 Mio. €). Weitere wesentliche Bilanzpositionen sind Forderungen an Kunden bzw. an das Land (21,1 Mio. €) und Forderungen an Kreditinstitute (18,7 Mio. €). Der Bestand an Wertpapieren im Anlagebuch beträgt 1,3 Mio. €.

NACHTRAGSBERICHT

Die Passivseite wird neben den aus der LTH übernommenen Treuhandverbindlichkeiten im Wesentlichen von den Rückstellungen in Höhe von 25,0 Mio. € (Vorjahr 26,4 Mio. €) und dem Eigenkapital in Höhe von 9,5 Mio. € (Vorjahr 8,1 Mio. €) geprägt.

Als Bank des Landes Rheinland-Pfalz betreibt die LTH das Kreditgeschäft treuhänderisch. Darüber hinausgehendes Kreditgeschäft wird ausschließlich im Rahmen des Anlagebuches durchgeführt. Zu jeder Zeit war die LTH mit ausreichend Eigenkapital ausgestattet.

Durch die Struktur des Geschäftes und der Organisation werden aus heutiger Sicht keine negativen Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage erwartet.

Weitere, nach Schluss des Geschäftsjahres eingetretene Vorgänge von besonderer Bedeutung, die eine Auswirkung auf die Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage der LTH haben, liegen nicht vor.

RISIKOBERICHT

Die Beteiligung der LTH am Wirtschaftsgeschehen in Rheinland-Pfalz ist unter Risikogesichtspunkten nur bedingt mit Geschäftsbanken vergleichbar. Dessen ungeachtet wird die LTH als Partner der Marktteilnehmer tätig und hat insofern die sich aus ihrer Geschäftstätigkeit ergebenden Risiken zu berücksichtigen und in einem Risikomanagementprozess zu überwachen und zu steuern.

Ziel des Risikomanagements der LTH ist die Identifikation, Analyse und Bewertung aller wesentlichen Risiken. Auf Basis der Risikoanalyse ist zu beurteilen, wie die Bank mit den identifizierten Risiken umgehen soll. Das Risikomanagement der LTH setzt sich aus der Risikostrategie, der Steuerung der Risikotragfähigkeit und dem internen Kontrollsystem zusammen. Das interne Kontrollsystem besteht aus der schriftlich fixierten Ordnung in Form von Organisations- und Arbeitsanweisungen sowie der Aufbau- und Ablauforganisation. Im Hinblick auf die Aktivitäten der Bank und die damit verbundenen Risiken ist der Risikomanagementprozess kein einmalig zu durchlaufender, sondern ein periodisch wiederkehrender Prozess, dessen Weiterentwicklung als Notwendigkeit und unternehmerische Herausforderung gesehen wird.

Der Ausbau des Risikomanagementprozesses erfolgte vornehmlich in der Weiterentwicklung der Elemente zur Messung und Bewertung von Kreditrisiken. Dabei konnte die LTH aufgrund ihrer Geschäftstätigkeit als Förderbank Erleichterungen in Form von Öffnungsklauseln in Anspruch nehmen.

Die LTH betreibt ihre Bankgeschäfte im Rahmen der bankweit kommunizierten Geschäftsstrategie in Form von Unternehmenszielen und der Risikostrategie. Die Einhaltung der Geschäfts- und Risikostrategie wird durch vierteljährliche Risikoberichte überwacht. Diese Tätigkeit ist unter Berücksichtigung der Risikotragfähigkeit in die Gesamtbanksteuerung eingebunden, indem Limite der für die Bank als wesentlich eingestuften Risikoarten ermittelt wurden. Die Einhaltung der Limite wird vom Controlling überwacht.

Darüber hinaus verfügt die LTH über ein monatliches Management-Informationssystem (MIS) zur laufenden Überwachung, Steuerung und Bewertung wesentlicher Geschäftskennzahlen und Steuerungsgrößen, in dem ein Soll-Ist-Vergleich mit dem jährlichen Wirtschaftsplan erfolgt. Das MIS gibt damit dem Vorstand und den Führungskräften der LTH einen Überblick über die Geschäftstätigkeit der Bank.

Die LTH bezieht sich bei der Ermittlung der Eigenkapitalanforderungen auf die Vorgaben der Solvabilitätsverordnung und wählt für das Kreditrisiko den Standardansatz und für das operationelle Risiko den Basisindikatoransatz.

ADRESSENAUSFALLRISIKEN

Entsprechend ihrer Geschäfts- und Risikostrategie drohen der LTH nur in eingeschränktem Maße Adressenausfallrisiken.

Die Durchführung des Förderauftrages des Landes durch die LTH erfolgt als Treuhandgeschäft. Als Treunehmer im Treuhandgeschäft für Dritte handelt die LTH daher zwar im eigenen Namen, aber für Rechnung des jeweiligen Treugebers und hat selbst keinen Einfluss auf die Struktur des Adressenausfallrisikos. Die Förderung wird gewährt, wenn die Fördernehmer die vom Treugeber vorgegebenen Förderbedingungen für die Darlehensgewährung erfüllen. Dennoch werden im Sinne einer Sorgfaltspflicht gegenüber dem Treugeber und entsprechend den Grundsätzen ordnungsgemäßer Geschäftsführung von der LTH Wertberichtigungen ermittelt. Über die laufende Entwicklung wird im Rahmen des Risikoberichtes im MIS informiert. Die Organisationseinheit „Notleidende Kredite“ in der LTH trägt durch die Beratung finanziell in Schwierigkeiten geratener Bauherren zur Minderung der tatsächlichen Ausfälle für den Treugeber bei. Zudem besteht eine kontinuierliche Bonitätsprüfung im Mietwohnungsbereich.

Da die LTH demzufolge im Treuhandgeschäft keine Risiken, insbesondere kein Adressenausfallrisiko, trägt und diese Risiken vollständig durch die entsprechenden Treugeber getragen werden, sind die Mindestanforderungen an das Risikomanagement

für diesen Tätigkeitsschwerpunkt nicht anzuwenden. Die Bank nimmt daher für das Treuhandgeschäft weitestgehend Vereinfachungen in der Aufbau- und Ablauforganisation in Anspruch.

Der Schwerpunkt der von der Bank zu steuernden Risiken liegt im Bereich der Anlage liquider Mittel, der Rückstellungen zur Erfüllung zukünftiger Pensionsansprüche und des Eigenkapitals. Die Anlage dieser Mittel erfolgt gemäß der Risikostrategie sowohl in Tages- und kurzfristige Termingelder als auch in kurz- bis mittelfristige festverzinsliche Wertpapiere von staatlichen inländischen Emittenten oder Wertpapiere mit vergleichbarem Risikogehalt und ausschließlich in Euro. Aus diesen Anlagen resultiert in der Regel ein lediglich geringes Adressenausfallrisiko.

MARKTPREISRISIKEN

Die LTH ist als Nichthandelsbuchinstitut eingestuft. Demzufolge werden keine spekulativen Handelsgeschäfte zur Erzielung eines Handelserfolges durch das Ausnutzen von erwarteten Unterschieden zwischen An- und Verkaufspreis innerhalb eines kurzfristigen Zeitraums getätigt.

Die von der LTH gehaltenen Wertpapiere und Schuldscheindarlehen sind aufgrund der allgemein bestehenden Halteabsicht bis zur Endfälligkeit dem Anlagevermögen zugeordnet. Emittenten dieser verzinslichen Wertpapiere und Schuldscheindarlehen sind die LBBW und das Land. Dadurch sind Preis- und Kursrisiken, insbesondere Zinsänderungsrisiken, nur in geringem Umfang für die Bank relevant. Die Überwachung der Zinsänderungsrisiken erfolgt monatlich. Mit Hilfe von Szenarioberechnungen werden die möglichen Auswirkungen von Marktzinsänderungen auf die Ertragslage der LTH abgeschätzt. Negative Barwertveränderungen werden mittels Zinsschockanalyse nach dem aufsichtsrechtlich zulässigen Ausweichverfahren analysiert.

Es werden keine Fremdwährungs- oder Termin-geschäfte von der Bank getätigt.

LIQUIDITÄTSRISIKEN

Die LTH definiert als Liquiditätsrisiko die Gefahr, fälligen Zahlungsverpflichtungen nicht in vollem Umfang fristgerecht nachkommen zu können. Das Ziel der Liquiditätssteuerung ist es, die jederzeitige Zahlungsfähigkeit sicherzustellen.

Liquiditätsrisiken bestehen nur in eingeschränktem Umfang, da die LTH aus eigenen Mitteln derzeit im Wesentlichen nur die Mittel zur Erfüllung zukünftiger Pensionsverpflichtungen bedienen muss. Im Rahmen der Risikotragfähigkeit wurde diese Risikoart nicht limitiert. Die aufsichtsrechtlichen Vorgaben zur Liquidität hat die Bank im Geschäftsjahr stets eingehalten.

Das Liquiditätsrisiko aus den bestehenden Zahlungsverpflichtungen der LTH wird insofern gesteuert, als in einer täglichen Disposition die benötigten Refinanzierungsmittel ermittelt und diese von der Landeshauptkasse Rheinland-Pfalz angefordert werden.

OPERATIONELLE RISIKEN

Als das operationelle Risiko ist die Gefahr von Verlusten, die infolge der Unangemessenheit oder des Versagens von internen Verfahren, Menschen, Systemen oder infolge externer Ereignisse eintreten, definiert.

In dieser Definition ist das Rechtsrisiko enthalten. Unter Rechtsrisiko versteht die LTH die Gefahr von Schäden durch Rechtsprozesse, Klagen, der Nichtdurchsetzbarkeit von Verträgen etc., die als Folge Risiken auftreten können. Das strategische Risiko und das Reputationsrisiko sind nicht Teil der operationellen Risiken.

Zur Steuerung möglicher personeller Risiken wurde im vergangenen Geschäftsjahr ein zielgerichtetes, auf die Bedürfnisse der Bank ausgerichtete Personalmanagement entwickelt, verbunden mit einem internen und externen Weiterbildungsangebot zur Erhaltung des hohen Qualifikationsniveaus der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

Technischen Risiken begegnet die Bank durch die Auslagerung des IT-Betriebs an die Investitions- und Strukturbank Rheinland-Pfalz (ISB) GmbH. Die Einbeziehung dieser ausgelagerten Aktivität in das Risikomanagement wird insofern sichergestellt, als die ISB vertraglich verpflichtet ist, die ausgelagerten Systeme der LTH laufend auf ihre technische Eignung hin zu prüfen und Modifizie-

rungsbedarf mit der LTH abzustimmen. Die mit der Auslagerung einhergehenden Risiken wurden anhand einer Risikoanalyse bewertet und als wesentlich eingestuft.

Organisatorische Risiken werden durch die in der Bank etablierte Prozessorganisation für wiederkehrende Sachbearbeitungsvorgänge gesteuert. Zu diesem Zweck verfügt die LTH über eine ausführliche schriftlich fixierte Ordnung in Form von im Intranet veröffentlichten und jedem Mitarbeiter zugänglichen elektronischen Organisations- und Arbeitsanweisungen, in denen die Zuständigkeiten, Kompetenzen, Verantwortlichkeiten und internen Kontrollverfahren beschrieben werden. Die Einhaltung der schriftlich fixierten Ordnung überprüft die Interne Revision im Rahmen ihres Prüfungsplans.

Die Tätigkeit der Internen Revision wurde nach einer ausführlichen Risikoanalyse auf die Rödl Consulting AG, Nürnberg, und deren Kooperationspartner ifb Treuhand GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft ausgelagert. Den wiederum mit der Auslagerung einhergehenden Risiken wird begegnet, indem mit der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft vertraglich vereinbart ist, dass der Revisionsbeauftragte der LTH die Entscheidungskompetenz bei der Festlegung der Prüfungsobjekte und des -umfangs hat. Die mit der Auslagerung einhergehenden Risiken wurden anhand einer Risikoanalyse bewertet und als wesentlich eingestuft.

Das Rechtsrisiko ist aufgrund der Verwendung von Standardtexten in den Förderverträgen gering. Eine ständige Aktualisierung der Vertragstexte erfolgt innerhalb der LTH unter Mitwirkung der Organisationseinheit Recht.

Im Hinblick auf ihre Geschäftstätigkeit werden die Risiken der LTH als angemessen angesehen. Weitere, nicht aufgeführte Risikoarten sind derzeit nicht erkennbar.

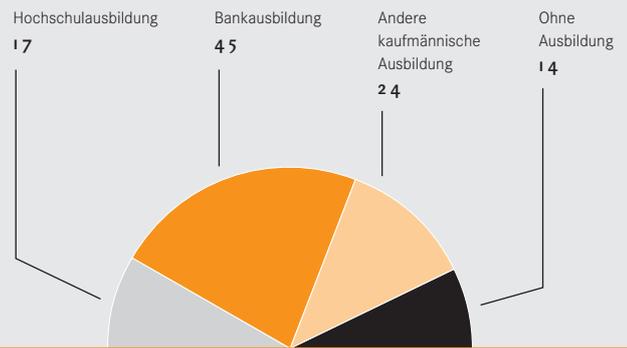
OFFENLEGUNGSVORSCHRIFTEN DES § 26A KWG UND DER SOLVABILITÄTSVERORDNUNG

Der Offenlegungsbericht gemäß den Anforderungen aus § 26a KWG und den §§ 319 ff. Solvabilitätsverordnung (SolvV) enthält qualitative und quantitative Informationen über das Eigenkapital, die eingegangenen Risiken und das Risikomanagement der LTH. Die erstmalige Veröffentlichung des Offenlegungsberichtes für das Geschäftsjahr 2009 ist unverzüglich nach Veröffentlichung des Geschäftsberichtes auf der Homepage der LTH unter www.lth-rlp.de, Service, Publikationen, erfolgt.

UNSERE MITARBEITERINNEN UND MITARBEITER

MITARBEITER NACH BERUFSBILDUNG

in %



Unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter haben mit ihren Leistungen und ihrem Engagement entscheidend zur Erreichung der Unternehmensziele und dem Erfolg beigetragen.

In der LTH waren zum 31. Dezember 2010 insgesamt 96 Angestellte beschäftigt, davon 57 Mitarbeiterinnen und 39 Mitarbeiter. Im Laufe des Jahres 2010 verstärkte eine Neueinstellung unseren Mitarbeiterkreis.

Attraktive Arbeitsplätze gestalten

Mit einer durchschnittlichen Betriebszugehörigkeit von über 20 Jahren bei einem Altersdurchschnitt von 48 Jahren verfügen unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter über eine umfassende Berufserfahrung und zudem über vertiefte fachspezifische Kenntnisse.

Eines unserer wichtigsten personalpolitischen Themen in der Zukunft ist die Entwicklung von Arbeitsangeboten, die den unterschiedlichen individuellen Bedürfnissen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den wichtigsten Lebens- und Berufsphasen angepasst sind, die aber zugleich auch den Erfordernissen des Unternehmens gerecht werden. Im Hinblick auf die Folgen der demografischen Entwicklung bedeutet dies vorrangig, den Erhalt und die Weitergabe des Fachwissens sicherzustellen und ferner für Nachwuchskräfte und qualifizierte Berufseinsteiger attraktive Ausbildungs- und Arbeitsplätze bereitzustellen. Die im Förderplan vereinbarte Frauenförderung sieht vor, den Anteil von Frauen in Führungspositionen gezielt zu erhöhen.

Vereinbarkeit von Beruf und Familie

Die Förderung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie hat für uns als personalpolitisches Ziel einen hohen Stellenwert. Wichtige Beiträge zu familiengerechten Arbeitsbedingungen leisten unser modernes Arbeitszeitmodell und das Angebot an Home-Office-Plätzen. Wir unterstützen unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zum Thema Vereinbarkeit von Beruf und Familie mit einer attraktiven Kindernotfall- und Ferienbetreuung. Damit haben wir für unsere Mitarbeiter neben der Betreuung der Kinder auch verbesserte Möglichkeiten zur Pflege von Familienangehörigen geschaffen.

Im Berichtsjahr arbeiteten 21 Mitarbeiterinnen, also mehr als ein Fünftel unserer Belegschaft beziehungsweise rund ein Drittel der weiblichen Belegschaft, in unterschiedlichen Teilzeitmodellen, teilweise auch in Verbindung mit einem Home-Office-Platz.

Bedarfsgerechtes Weiterbildungsangebot

Unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bieten wir neben der fachlichen Qualifizierung vielfältige Weiterbildungsmöglichkeiten zu den unterschiedlichsten Themen an. Im Rahmen der Vereinbarung von Zielen und des Mitarbeitergespräches wird der Weiterbildungsbedarf mit jedem Mitarbeiter individuell festgelegt. Darüber hinaus besteht ein Schwerpunkt der Weiterbildungsmaßnahmen in der Heranbildung von qualifiziertem Nachwuchs und der Weiterentwicklung der Führungskräfte. Im Jahr 2010 wurden insgesamt 100 externe Weiterbildungstage in Anspruch genommen.



Rainer Richarts, Vorstandsvorsitzender der LTH; Remigius Kühnen, Vorstandsvorsitzender der Sparkasse Trier; Dr. Salvatore Barbaro, Staatssekretär im Ministerium der Finanzen Rheinland-

Pfalz; Klaus Jensen, Oberbürgermeister von Trier; Dr. Stefan Ahrling, Sprecher des Vorstandes der gbt; Jakob Schmid, Vorstandsmitglied der LTH (v. l. n. r.)

Land fördert Modernisierung von Wohnungen in Trier mit 19 Mio. €

Das Land Rheinland-Pfalz fördert die energetische Modernisierung von insgesamt 742 Mietwohnungen der gbt Wohnungsbau und Treuhand AG Trier in den Trierer Wohngebieten „Im Schammat“ und „Am Weidengraben“. „Damit wird die Bausubstanz für über 2.000 Bewohnerinnen und Bewohner den aktuellen energetischen Standards angepasst“, sagte der Staatssekretär im

Ministerium der Finanzen Rheinland-Pfalz, Dr. Salvatore Barbaro, bei der Übergabe der Förderzusage der Landestreuhandbank Rheinland-Pfalz (LTH), Mainz, an Dr. Stefan Ahrling, Sprecher des Vorstandes der gbt. Die von der gbt in den 1970er Jahren errichteten Objekte wurden schon damals mit Fördermitteln des Landes unterstützt. Seit 2005 habe das Land in Trier insgesamt 5.065 Wohneinheiten mit 47,7 Mio. € gefördert.

AUSBLICK

Aufgrund des Landeshaushaltes 2011 hat das Ministerium der Finanzen Haushaltsmittel in Höhe von rund 34,1 Mio. € für die Wohnraumförderung zur Verfügung gestellt. Mit einem daraus zu erzielenden Kreditvolumen von rund 136,1 Mio. € können die Modernisierung des Wohnungsbestandes und die Bildung von Wohneigentum als Schwerpunkte der Wohnungspolitik des Landes unterstützt werden.

Für das Jahr 2011 erwarten wir ein wiederum deutliches Wirtschaftswachstum, das jedoch nicht so hoch ausfallen dürfte wie im Jahr zuvor. Mit einer weiteren Entspannung des Arbeitsmarktes ist daher zu rechnen.

Für Investoren im Immobilienbereich ist von zusätzlicher Bedeutung, dass im Gefolge der weiterhin anhaltenden Politik des billigen Geldes die Inflationssorgen und damit auch die Nachfrage nach Sachwerten gestiegen ist. Die Suche vieler Großinvestoren nach konstanten Mieteinnahmen hat zu einer Renaissance von Wohnungen als Anlageklasse geführt. Galten Wohnimmobilien in den vergangenen Jahren als unspektakuläre, ja langweilige Anlage, haben sie infolge der Krise einen Imagewandel vollzogen. Der deutsche Wohnimmobilienmarkt gilt im europäischen Vergleich dabei als ungewöhnlich stabil und deswegen besonders attraktives Investment.

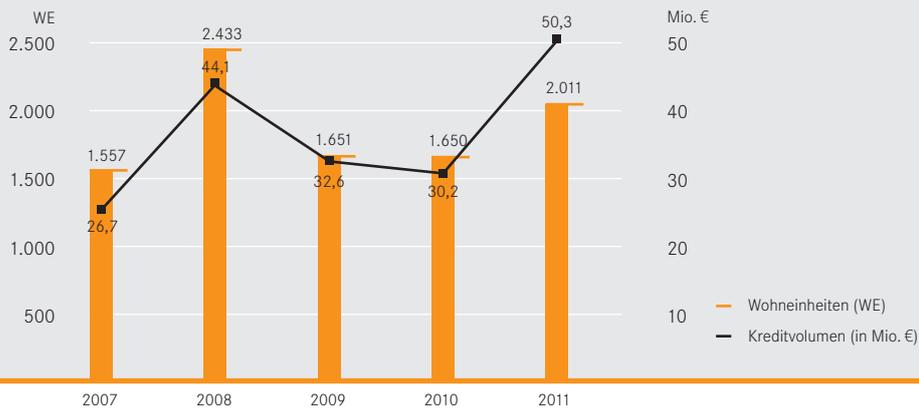
Bedenken gegen eine Investition in Wohnimmobilien, meist gestützt auf die demografische Entwicklung, verkennen, dass in der letzten Dekade

so gut wie keine neuen Mietwohnungen gebaut wurden, dass regional unterschiedlich Nachfrage aufgrund Zuwanderung, Filtereffekt, Remanenzeffekt, aber auch durch den notwendigen Abriss von nicht anpassbaren Wohngebäuden insbesondere der 1960er und 1970er Jahre entsteht. In vielen Städten sehen wir einen Prozess der Reurbanisierung, der zum Beispiel zur Umwandlung von Büros zu Wohnungen führt.

Deutlich steigende Baugenehmigungszahlen und steigende Nachfrage nach Fördermitteln signalisieren auch in Rheinland-Pfalz eine Trendwende auf dem Wohnungsmarkt.

Das Programmjahr 2011 berücksichtigt den steigenden Bedarf an preiswerten Wohnungen vor allem in Städten und bringt eine Vielzahl von Verbesserungen der Förderbedingungen, die zu einer erhöhten Nachfrage führen dürften. Die Zinskonditionen wurden attraktiver gestaltet und betragen für Wohneigentum und Modernisierung für die ersten fünf Jahre 1,7% p.a., für die weiteren fünf Jahre 2,5% p.a. und in den letzten fünf Jahren der insgesamt 15-jährigen Förderdauer 3,7% p.a. Über das Programmjahr 2012 wird im Laufe dieses Jahres entschieden.

Des Weiteren wurden die Einkommensgrenzen erhöht und erstmals regionalisiert, um auch in Gebieten mit höheren Grundstückskosten, vor allem in den Städten, die Errichtung von gefördertem Wohneigentum zu ermöglichen. Die Förder-

**BELEGUNG DER FÖRDERPROGRAMME
IM MAI 2007-2011**


höhe richtet sich neben der Höhe des Haushaltseinkommens und der Anzahl der zum Haushalt gehörenden Personen künftig nach der Mietstufe der Stadt oder Gemeinde, in der sich das Objekt befindet. Neu ist die Förderung des Ersatzneubaus nach Abriss, die ein Zinsgarantiedarlehen in Höhe von 460 Euro pro m² neu geschaffener Wohnfläche vorsieht und zu einer Vitalisierung von Orts- und Stadtkernen beitragen soll.

Zur Ankurbelung des sozialen Mietwohnungsbaus wurden die Baukostenobergrenze und die Mietobergrenzen angehoben. Auch hier sieht das Programm die Förderung des Ersatzneubaus nach Abriss vor, da sich nicht jeder Altbau zu vertretbaren Kosten altengerecht ausbauen und energetisch auf den neuesten Stand bringen lässt. Zudem wird den Vermietern bzw. vermietenden Unternehmen eine Verlängerung der Mietpreis- und Belegungsbindung zu einem günstigeren Zinssatz von 1,5% angeboten.

Bei den im Modernisierungsprogramm geförderten Mietwohnungen wurden die Mietobergrenzen ebenfalls angehoben.

Die Förderprogramme 2011 sind sehr gut gestartet und Mitte Mai bereits mit Kreditmitteln von rund 50,3 Mio. € für 2.011 Wohneinheiten belegt.

Auch wenn das Förderkontingent für das Geschäftsjahr 2012 noch nicht aufgelegt ist, geht die LTH davon aus, dass es sich ähnlich wie das des Jahres 2011 gestaltet. Insgesamt rechnet die LTH für die kommenden Jahre mit Jahresergebnissen, die auf dem Niveau von 2010 liegen.

Um die künftige Geschäftsentwicklung positiv zu beeinflussen, hat die LTH eine Überprüfung ihrer Geschäftsfelder und Förderinstrumente angestoßen. Sie wird ihre strategische Ausrichtung in Abstimmung mit dem Träger entsprechend anpassen.

Zur Sicherung ihres personellen Nachwuchses bildet die LTH im laufenden Jahr erstmals Bankkaufleute aus.

Wir danken den Mitgliedern des Verwaltungsrates für die konstruktive Begleitung sowie den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der LTH für ihre engagierte Arbeit.

Mainz, 27. April 2011

EIN GANZ BESONDERES FÖRDERPROJEKT DES LANDES

DAS SCHAMMATDORF IN TRIER



SEIT 30 JAHREN EIN
GELUNGENES BEISPIEL
FÜR INTEGRATION.
HIER LEBEN MENSCHEN
MIT UND OHNE BEHINDERUNG IN
GEMEINSCHAFT UND NACHBARSCHAFT
TÜR AN TÜR.







SCHAMMAT
DORF



DAS SCHAMMATDORF IN TRIER, KURZ: WOHNEN WIE IM DORF

DIE IDEE HINTER DEM PROJEKT »SCHAMMATDORF«
HAT AUCH NACH MEHR ALS 30 JAHREN IMMER
NOCH MODELLCHARAKTER. HIER WOHNEN FAMILIEN,
ALLEINERZIEHENDE, SINGLES, MENSCHEN MIT UND
OHNE BEHINDERUNG, JUNG UND ALT.

Das Projekt umfasst 144 Wohnungen. Es ist das Ergebnis einer Gemeinschaftsarbeit der Abtei St. Matthias, die auch das Gelände stellte, des Bauherrn Wohnungsbau und Treuhand AG (gbt), des Landes Rheinland-Pfalz, das umfangreiche Fördermittel zur Verfügung stellte, und nicht zuletzt des Sozialdezernats der Stadt Trier. Der Name „Schammat“ geht übrigens zurück auf die französische Flurbezeichnung „Champs de St. Matthieu“, die Felder des heiligen Matthias.

Von den im Rahmen des sozialen Wohnungsbaus mit Fördermitteln des Landes errichteten Wohnungen sind – wie weitgehend alle Außenanlagen – 44 barrierefrei gestaltet. Je sechs Häuser mit zwölf Wohnungen sind um einen Hof angeordnet und schaffen mit Spielplätzen und Sitzmöglichkeiten so die Voraussetzung für ein gemeinschaftliches Miteinander. Dazu kommen der Dorfplatz, ein Raum für die großen Veranstaltungen und das „Kneipchen“.





»INTEGRATION ENTSTEHT ERST AUS EMPATHIE UND KONKRETER HILFE.«

SARJA HERRES

Kleine Bürgermeisterin des Schammatdorfes

Organisieren, vermitteln, unterstützen: Die Aufgaben der in Anlehnung an die sonst gebräuchlichen Amtsbezeichnungen „Kleine Bürgermeisterin“ benannten Sarja Herres sind vielfältig und abwechslungsreich. Kommunikation ist nicht nur ein wichtiges Element für das Zusammenleben im Schammatdorf selbst, sondern ganz besonders für die Tätigkeit der Diplom-Sozialpädagogin Sarja Herres: Sie ist beratende Kontaktperson für alle Bewohner, organisiert Veranstaltungen, vermittelt bei Streitigkeiten und ist für interessierte Wohnungsbewerber die erste Ansprechpartnerin. Für fünf Jahre ist sie angestellt, dann ernennt die Abtei St. Matthias einen Nachfolger oder eine Nachfolgerin. Ihr Büro hat sie im barrierefrei gestalteten Schammatdorfzentrum.

Vor dem Gebäude findet sich eine Besonderheit: Eine stillgelegte rote Telefonzelle dient als öffentliche Bücherei.



Sinang



Hof 13





» HIER WIRD PRAKTISCHE NÄCHSTENLIEBE GELEBT.«

BRUDER EUCHARIUS WINGENFELD

Richter am Amtsgericht Trier und Verantwortlicher der Abtei für das Schammatdorf

Als Verantwortlicher der Abtei St. Matthias für das Schammatdorf kümmert sich Bruder Eucharius heute auch um die Belange der Bewohner. Wird eine Wohnung frei, schlägt er nach Anhörung der unmittelbaren Nachbarn und im Einvernehmen mit der Kleinen Bürgermeisterin der Wohnungsbaugesellschaft neue Mieter vor. Die Auswahl zielt bewusst auf eine starke Vielfalt in Alter, Behinderung, Einkommen, Bildung und Zusammensetzung der Haushalte. Bruder Eucharius ist auch Vorstandsmitglied im Nachbarschaftsverein Schammatdorf e.V. Der Verein vertritt die Interessen der Schammatdorfbewohner nach außen und bildet den organisatorischen Rahmen für die verschiedenen Veranstaltungen und Aktivitäten im Dorf. In den regelmäßig stattfindenden öffentlichen Vorstandssitzungen kann sich jeder Bewohner einbringen und über die Ausgestaltung des Dorflebens mitentscheiden.

Bruder Eucharius steht mitten im Leben: Er ist Richter am Amtsgericht Trier.









»DIESES PROJEKT IST FÜR TRIER WEGWEISEND UND FÜR MICH MEIN ZUHAUSE.«

KLAUS JENSEN

Oberbürgermeister von Trier und Bewohner des Schammatdorfes

Seit 26 Jahren lebt Klaus Jensen im Schammatdorf. Gemeinschaft, nachbarschaftliches Miteinander und Freundschaft machen das Leben hier aus: Gemeinsam feiern die Bewohner Taufen, Grillfeste, Hoffeste und Hochzeiten, einmal im Monat kochen sonntags Nachbarn für Nachbarn, es gibt Bastelnachmittage für Kinder, monatlich das Seniorencafé und Konzerte in der Weihnachtszeit. Jeden Freitagabend trifft man sich im „Kneipchen“ und tauscht sich aus. Begegnet man sich unterwegs, reicht manchmal ein Augenzwinkern, manchmal führt man intensive Gespräche. Jeder bestimmt das Maß selbst, wie er sich einbringen möchte, je nach den persönlichen Möglichkeiten und Fähigkeiten. Besonders schätzt Klaus Jensen den unkomplizierten Umgang der Nachbarn untereinander:

Hier ist er nicht der Oberbürgermeister, sondern einfach Klaus.







UNSERE BILANZ 2010

WIR HABEN 2010 FINANZIERUNGEN FÜR

> 1.233 EIGENHEIME

UND ÜBER

> 2.300 MODERNISIERUNGEN

FÜR KNAPP

> 10.500 MENSCHEN

REALISIERT.

JAHRESABSCHLUSS

S. 43 GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG

S. 44 BILANZ - AKTIVA / PASSIVA

S. 46 ANHANG

S. 51 BESTÄTIGUNGSVERMERK
DES ABSCHLUSSPRÜFERS

GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG DER LANDESTREUHANDBANK RHEINLAND-PFALZ

FÜR DIE ZEIT VOM 1. JANUAR BIS 31. DEZEMBER 2010

	2010	2009
	€	€
1. Zinserträge aus		
a) Kredit- und Geldmarktgeschäften	91.657,99	
b) festverzinslichen Wertpapieren	689.483,53	
	781.141,52	23.277.228,50
2. Zinsaufwendungen	0,00	22.898.147,50
3. Provisionserträge	11.623.793,87	11.863.930,37
4. Sonstige betriebliche Erträge	2.762.193,63	5.431.364,45
5. Allgemeine Verwaltungsaufwendungen		
a) Personalaufwand		
aa) Löhne und Gehälter	5.925.999,31	
ab) Aufwendungen zur Altersvorsorge	1.219.404,00	
b) Sachaufwand	2.854.756,94	
	10.000.160,25	9.239.265,13
6. Abschreibungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen	272.011,03	267.248,86
7. Sonstige betriebliche Aufwendungen	2.671.822,33	19.891,04
8. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere	0,00	5.043.238,05
9. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit	2.223.135,41	3.104.732,74
10. Außerordentliche Erträge	1.465,96	435,97
11. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	792.970,21	873.738,00
12. Sonstige Steuern	49.013,06	46.945,13
13. Jahresüberschuss/-fehlbetrag	1.382.618,10	2.184.485,58
14. Gewinn-/Verlustvortrag aus dem Vorjahr	37.773,49	-5.324.358,09
15. Entnahme aus der Kapitalrücklage	0,00	3.277.646,00
16. Einstellung in die Gewinnrücklage	690.000,00	0,00
17. Bilanzgewinn/-verlust	730.391,59	137.773,49

BILANZ DER LANDESTREUHANDBANK RHEINLAND-PFALZ

ZUM 31. DEZEMBER 2010

AKTIVA

	2010	2009
	€	€
1. Forderungen an Kreditinstitute		
- täglich fällig	11.322.058,73	
- bis 3 Monate	7.330.002,15	
	18.652.060,88	17.428.489,07
2. Forderungen an Kunden	21.096.916,81	21.117.674,37
3. Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	1.262.404,72	1.262.404,72
- Anleihen und Schuldverschreibungen		
- von anderen Emittenten		
4. Treuhandforderungen	1.735.677.843,28	1.862.033.961,79
darunter Treuhandkredite 1.731.532.848,02		
5. Immaterielles Anlagevermögen	253.940,86	339.270,10
6. Sachanlagen	443.378,95	482.443,97
7. Sonstige Vermögensgegenstände	0,00	148.983,01
8. Rechnungsabgrenzungsposten	72.618,22	94.449,51
Summe der Aktiva	1.777.459.163,72	1.902.907.676,54
nachrichtlich:		
- Vorauszahlungen im Rahmen der Städtebauförderung	1.427.435.590,83	1.364.501.585,75

PASSIVA

	2010	2009
	€	€
1. Treuhandverbindlichkeiten	1.735.677.843,28	1.862.033.961,79
darunter Treuhandkredite 1.731.532.848,02		
2. Sonstige Verbindlichkeiten	6.342.956,96	6.342.956,96
3. Rückstellungen	25.917.971,89	26.392.984,30
a) Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	21.513.755,00	
b) Steuerrückstellungen	1.666.738,00	
c) andere Rückstellungen	2.737.478,89	
4. Eigenkapital	9.520.391,59	8.137.773,49
a) gezeichnetes Kapital	5.000.000,00	
b) Kapitalrücklage	3.000.000,00	
c) Gewinnrücklage	790.000,00	
d) Bilanzgewinn/-verlust	730.391,59	
Summe der Passiva	1.777.459.163,72	1.902.907.676,54
Eventualverbindlichkeiten		
- Verbindlichkeiten aus Bürgschaften	502.511.981,53	438.013.204,68
Andere Verpflichtungen		
- Unwiderrufliche Kreditzusagen	263.525.484,16	258.048.612,71
nachrichtlich:		
- Vorauszahlungen im Rahmen der Städtebauförderung	1.427.435.590,83	1.364.501.585,75
- Verbindlichkeiten aus Bürgschaften	16.872,63	16.872,63

ANHANG

ZUM JAHRESABSCHLUSS DER LANDESTREUHANDBANK RHEINLAND-PFALZ (LTH)

ALLGEMEINE ANGABEN ZUM JAHRESABSCHLUSS UND ZU DEN ANGEWANDTEN BILANZIERUNGS- UND BEWERTUNGSMETHODEN

Anwendung von Vorschriften

Der Jahresabschluss der LTH ist in Übereinstimmung mit den Vorschriften der §§ 340 ff. Handelsgesetzbuch (HGB) in Verbindung mit der Verordnung über die Rechnungslegungen der Kredit- und Finanzdienstleistungsinstitute (RechKredV) aufgestellt worden.

Gliederung der Bilanz sowie der Gewinn- und Verlustrechnung

Unter der Beachtung der Verordnung über die Formblätter für die Jahresabschlussgliederung wurde die Bilanz nach Formblatt 1 und die Gewinn- und Verlustrechnung nach Formblatt 3 (Staffelform) erstellt.

Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze

Allgemein erfolgte die Bilanzierung und Bewertung der Vermögensgegenstände und Schulden nach den §§ 252 ff. HGB in Verbindung mit den §§ 340 ff. HGB. Das am 29. Mai 2009 in Kraft getretene sogenannte Bilanzrechtsmodernisierungsgesetz wurde für das Jahr 2010 erstmals angewandt; von den Übergangsvorschriften wurde kein Gebrauch gemacht. Eine Anpassung der Vorjahreswerte wurde gemäß Art. 67 Abs. 8 S.2 EGHGB nicht vorgenommen.

Die Bewertung der Forderungen an Kreditinstitute und Kunden erfolgt zum Nominalwert.

Sämtliche Wertpapiere sind dem Anlagebuch zugeordnet und gemäß § 340e Abs.1 S.2 i.V.m. § 253 Abs. 3 HGB mit den Anschaffungskosten und bei dauernder Wertminderung mit dem niedrigeren Wert bewertet.

Die immateriellen Anlagewerte und Sachanlagen werden zu den Anschaffungskosten, vermindert um planmäßige Abschreibungen, bewertet. Die Abschreibungen werden linear über die Nutzungsdauer vorgenommen, wobei Zugänge des laufenden Jahres zeitanteilig abgeschrieben werden.

Aus Vereinfachungsgründen werden Vermögensgegenstände mit Anschaffungskosten bis 150 € entsprechend den steuerlichen Regelungen im Zugangsjahr voll, solche mit Anschaffungskosten von mehr als 150 € bis zu 1.000 € in einen Sammelposten eingestellt und über fünf Jahre abgeschrieben.

Treuhandvermögen und -verbindlichkeiten gemäß § 6 RechKredV werden mit ihrem Nominalwert abzüglich etwaiger Wertberichtigungen bewertet.

Die sonstigen Vermögensgegenstände werden mit dem Nominalbetrag angesetzt.

Die Rückstellungen berücksichtigen alle erkennbaren Risiken und ungewisse Verpflichtungen. Sie sind in der Höhe angesetzt, die nach kaufmännischer Vorsicht erforderlich ist.

Die Verbindlichkeiten sind mit ihrem Rückzahlungsbetrag angesetzt.

Um die Transparenz der Gewinn- und Verlustrechnung zu erhöhen, werden die Aufwendungen und Erträge aus dem Treuhandgeschäft künftig nicht

mehr ausgewiesen, sie werden erfolgsneutral behandelt. Dies umfasst die Zinserträge und -aufwendungen, die „Sonstigen betrieblichen Erträge“ sowie die Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen im Treuhandkreditgeschäft.

ERLÄUTERUNGEN ZUR BILANZ

Forderungen an Kreditinstitute

Die Restlaufzeiten der Forderungen an Kreditinstitute betragen:

Täglich fällig	bis 3 Monate	mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	mehr als 5 Jahre
T €	T €	T €	T €	T €
11.322	7.330	0	0	0

Forderungen an Kunden

Die Restlaufzeiten der Forderungen an Kunden betragen:

Täglich fällig	bis 3 Monate	mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	mehr als 5 Jahre
T €	T €	T €	T €	T €
1.818	0	0	15.047	4.231

Bei den Forderungen mit einer Laufzeit von mehr als einem Jahr handelt es sich ausschließlich um Kommunalkredite.

Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere

Die Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere enthalten ein Wertpapier, das im August 2011 fällig wird.

Treuhandforderungen

Die Treuhandforderungen bestehen ausschließlich aus Forderungen an Kunden.

Immaterielles Anlagevermögen und Sachanlagen

	Stand 31.12.2009	Zugänge	Abgänge	Abschrei- bungen	Stand 31.12.2010
T€					
Immaterielle Anlagewerte	339	2	1	86	254
Sachanlagen	482	162	50	151	443

In den Sachanlagen sind Betriebs- und Geschäftsausstattung in Höhe von 371 T€ enthalten.

Treuhandverbindlichkeiten

Bei Treuhandverbindlichkeiten handelt es sich ausschließlich um Verbindlichkeiten gegenüber Kunden.

Rückstellungen

Im Jahr 2010 wurden Rückstellungen für Steuern, Pensionen, Beihilfen und sonstige Positionen in Höhe von 25,9 Mio. € gebildet.

Bei den Rückstellungen für Pensionen wurden die anerkannten Regeln der Versicherungsmathematik zur Anwendung gebracht. Die Berechnung erfolgte anhand des modifizierten Teilwertverfahrens unter

Zugrundelegung der Richttafeln Heubeck 2005 G und einem Rechnungszinssatz von 5,15%. Des Weiteren wurde für die Berechnung eine Steigerung des Einkommens für Angestellte bis 50 Jahre mit 3,0% und für Angestellte ab 51 Jahre mit 2,5% angenommen. Zum Stichtag 31. Dezember 2010 beliefen sich die Pensionsrückstellungen auf 18,1 Mio. € und die Beihilferückstellungen auf 3,4 Mio. €.

BILANZVERMERKE

Eventualverbindlichkeiten aus Bürgschaften

Bei den Bürgschaften handelt es sich um Bürgschaften, die im Rahmen des Treuhandgeschäftes eingegangen werden.

Unwiderrufliche Kreditzusagen

Der Posten umfasst die bewilligten, aber noch nicht vollständig ausgezahlten Treuhandkredite.

SONSTIGE ANGABEN

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

Im Berichtsjahr waren für die LTH im Jahresdurchschnitt 76 Vollzeitkräfte und 22 Teilzeitkräfte tätig.

Verwaltungsrat der Landestreuhandbank Rheinland-Pfalz (LTH)

Vorsitzender:

- Dr. Salvatore Barbaro
(Staatssekretär Ministerium der Finanzen Rheinland-Pfalz)
ab 17. August 2010

- Dr. Rüdiger Messal
(Staatssekretär Ministerium der Finanzen Rheinland-Pfalz)
bis 16. August 2010

Mitglieder:

- Renate Kreckel
(Ministerium der Finanzen Rheinland-Pfalz)
- Anette Schürmann
(Ministerium der Finanzen Rheinland-Pfalz)
- Dr. Axel Grunwald
(Ministerium der Finanzen Rheinland-Pfalz)
- Stefan Crohn
(Ministerium der Finanzen Rheinland-Pfalz)

Beschäftigtenvertreter der Landestreuhandbank Rheinland-Pfalz (LTH):

- Karin Bernhard-Schulte
ab 11. August 2010
- Hans-Jürgen Schollmeier
ab 11. August 2010

Im Berichtsjahr wurden 1.800 € Aufwandsentschädigung an den Verwaltungsrat gezahlt.

Vorstand der Landestreuhandbank Rheinland-Pfalz (LTH)

Dem Vorstand gehören an:

- Rainer Richarts, Mainz
(Vorsitzender des Vorstandes)
- Jakob Schmid, Dannenfels

Organe

Von der Schutzklausel nach § 286 Abs. 4 HGB wurde Gebrauch gemacht und auf die Offenlegung der Organbezüge verzichtet.

Jahresabschlusskosten

Das im Geschäftsjahr als Aufwand erfasste Honorar für den Abschlussprüfer gemäß § 285 Abs. 17 HGB belief sich auf 151 T € und setzt sich wie folgt zusammen:

	T €
Abschlussprüfleistungen	75
Andere Bestätigungsleistungen	76
Steuerberatungsleistungen	-
Sonstige Leistungen	-

Die Bestätigungsleistungen sind für die Prüfung der Werthaltigkeit der abgetretenen Forderungsportfolios entstanden und wurden den Forderungseigentümern in Rechnung gestellt.

Ergebnisverwendung

Der Vorstand schlägt dem Träger vor, 690.000,00 € (49 % von 1.382.618,10 €) in die Gewinnrücklage einzustellen und 730.391,59 € auf neue Rechnung vorzutragen.

Mainz, 27. April 2011

BESTÄTIGUNGSVERMERK DES ABSCHLUSSPRÜFERS

Wir haben den Jahresabschluss – bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang – unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der Landestreuhandbank Rheinland-Pfalz (LTH), Anstalt des öffentlichen Rechts, Mainz, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2010 bis 31. Dezember 2010 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften und den ergänzenden Vorschriften der Satzung liegen in der Verantwortung der gesetzlichen Vertreter der Gesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Gesellschaft sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die

Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen der gesetzlichen Vertreter sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen der Satzung und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft. Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Frankfurt am Main, 27. April 2011

Rölfs RP AG
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

R. HÜSEMANN
WIRTSCHAFTSPRÜFER

S. MÜLLER
WIRTSCHAFTSPRÜFER

ORGANE

VERWALTUNGSRAT

Vorsitzender

DR. SALVATORE BARBARO
Staatssekretär
Ministerium der Finanzen
des Landes Rheinland-Pfalz
Mainz
ab 17. August 2010

DR. RÜDIGER MESSAL
Staatssekretär
Ministerium der Finanzen
des Landes Rheinland-Pfalz
Mainz
bis 16. August 2010

Stellvertretende Vorsitzende

RENATE KRECKEL
Ministerium der Finanzen
des Landes Rheinland-Pfalz
Mainz

Mitglieder

ANETTE SCHÜRMAN
Ministerium der Finanzen
des Landes Rheinland-Pfalz
Mainz

DR. AXEL GRUNWALD
Ministerium der Finanzen
des Landes Rheinland-Pfalz
Mainz

STEFAN CROHN
Ministerium der Finanzen
des Landes Rheinland-Pfalz
Mainz

Beschäftigtenvertreter

KARIN BERNHARD-SCHULTE
ab 11. August 2010

HANS-JÜRGEN SCHOLLMEIER
ab 11. August 2010

VORSTAND

RAINER RICHARTS

Vorsitzender des Vorstandes

JAKOB SCHMID

Mitglied des Vorstandes

LEITER GESCHÄFTSBEREICHE

MICHAEL BACK

Markt

GÜNTHER BOHRMANN

Recht, Grundsatzfragen,
Sanierungsberatung

MARTIN BOOS

Meldewesen

BERND ECKERT

Mietwohnungsförderung

RALF GÖLZ

Finanzen, IT

JÜRGEN KRÄMER

Eigentumsförderung

ANDREA LAY

Personal

JÜRGEN MARQUARDT

Registratur

HEIKE SCHUHMACHER

Modernisierung und Spezial-
programme

KUNIBERT STEFFEN

Eigentumsförderung

VERA ZÖLLER

Rechnungswesen und
Controlling

UNSERE PUBLIKATIONEN



Broschüren zu den Förderprogrammen

Ausführliche und detaillierte Informationen über die Fördermöglichkeiten in den Programmen

- Wohneigentum,
- Modernisierung und
- Mietwohnungen.



Flyer zu Förderthemen

Die Förderangebote auf einen Blick:

- „Wohnraum schaffen“,
- „Modernisieren Sie jetzt!“,
- „In die eigenen vier Wände“ sowie
- „Ihr Ansprechpartner für alle Fragen der Wohnraumförderung“.

Des Weiteren bieten wir fremdsprachige Flyer mit Informationen über die Förderangebote des Landes in Türkisch und Russisch mit deutscher Übersetzung.



Wohnungsmarktbeobachtung

Die Wohnungsmarktbeobachtung Rheinland-Pfalz liefert jährlich eine Analyse der aktuellen Situation, signifikante Tendenzen sowie regionale Unterschiede auf dem rheinland-pfälzischen Wohnungsmarkt.

IMPRESSUM

Löwenhofstraße 1
55116 Mainz
Telefon: 06131 4991-991
Telefax: 06131 4991-899
E-Mail: lth@lth-rlp.de
www.lth-rlp.de

Rechtsform: Anstalt des öffentlichen Rechts
Gesetzlich vertreten durch den Vorstand:
Rainer Richarts (Vors.), Jakob Schmid
Verwaltungsrat: Dr. Salvatore Barbaro,
Staatssekretär Ministerium der Finanzen (Vors.)

Mitglied im Bundesverband Öffentlicher Banken Deutschlands (VÖB)

Redaktion und Realisation: Claudia Belz

Gestaltung: Hilger & Boie Design, Wiesbaden
Druck: Universitätsdruckerei H. Schmidt GmbH & Co KG, Mainz

Bildnachweis: Landestreuhandbank Rheinland-Pfalz (LTH);
nahdran fotografie Sandra Hauer, Wiesbaden
(Titel, Jahreschronik, S.1 oben rechts, S. 5, 20, 23, 26–40);
Helmut R. Schulze (Jahreschronik Dez. links); fotolia.com (S.1 unten);
Ministerium der Finanzen (S. 3); Inge Duhr (S. 24/25)

Bei Fragen zum Geschäftsbericht
sprechen Sie uns gerne an.

DIE STRUKTUR DER LTH

AUF EINEN BLICK

>
DIE
STRUKTUR
DER LTH

VORSTAND

RAINER RICHARTS
Vorsitzender des Vorstandes

JAKOB SCHMID
Mitglied des Vorstandes

MARKT

- Kundenbetreuung
- Marketing

STAB

- Recht
- Grundsatzfragen
- Personal
- Organisation

MARKTFOLGE

- Mietwohnungsförderung
- Eigentumsförderung
- Modernisierung und
Spezialprogramme
- Sanierungsberatung

FINANZEN

- Rechnungswesen
- Meldewesen
- Controlling
- IT
- Registratur

VOM VORSTAND BEAUFTRAGTE FUNKTIONEN

- Revision
- Compliance
- Geldwäsche
- Datenschutz
- Outsourcing

BLICK IN DIE ZUKUNFT

WIR WOLLEN DIE FÖRDERKONZEPTE
MIT DEN SCHWERPUNKTEN
DER ENERGIEEINSPARUNG UND
DES ALTENGERECHTEN WOHNENS
EFFIZIENT UMSETZEN UND
UNSERE UNTERNEHMENSSTRATEGIE
WEITERENTWICKELN.

Landestreuhandbank Rheinland-Pfalz (LTH)

Löwenhofstraße 1

55116 Mainz